



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 21.08.2019:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Dnr-online.ru: In Minsk ist die Sitzung der humanitären Untergruppe abgeschlossen. Ihre Sicht der Ergebnisse der Verhandlungen äußern die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Beim heutigen Treffen der humanitären Untergruppe der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass war ein zeitweilig benannter bevollmächtigter Vertreter Kiews anwesend, der auf die Sitzung der Untergruppe nicht vorbereitet war, in Zusammenhang damit konnte er nicht die notwendigen Informationen Vorlegen, in welchem Stadium sich die prozessualen Entscheidungen bezüglich der Subjekte des bevorstehenden Austauschs befinden. Aus diesem Grund ist es nicht gelungen, andere Fragen der Tagesordnung zu erörtern. Im Zusammenhang damit waren wir gezwungen, der ukrainischen Seite eine schriftliche Anfrage bezüglich der Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung der o.g. Personen zu schicken.

Ich will daran erinnern, dass die Rede nicht einfach von Zahlen „102“ oder „50“ ist – hinter jeder von ihnen stehende lebendige Menschen, denen bereits Hoffnung auf einen bald bevorstehenden Austausch gemacht wurde. Dies sind Menschen, die Familien haben – Kinder, Ehegatten, Eltern – die auch auf die lang erwartete Wiedervereinigung warten. Deshalb rufe ich dazu auf, ihre Hoffnungen nicht zu enttäuschen und streng den Vereinbarungen zu folgen, die zuvor erreicht worden waren.

Die DVR hat die prozessuale Freistellung der festgehaltenen Personen praktisch abgeschlossen. Deshalb habe ich mich an den Koordinator der humanitären Untergruppe, den Botschafter der OSZE Toni Frisch, mit der Bitte gewandt, auf der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Republik und deren Bereitschaft zu einem Austausch nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ zu berichten“, erklärte Morosowa.

Lug-info.com: „Auf der Sitzung der humanitären Untergruppe wurde von Seiten der LVR die Bereitschaft zur Durchführung eines Austauschs der festgehaltenen Personen im Format „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ durchzuführen. Die Verpflichtungen bezüglich des Prozesses der juristischen Freistellung der festgehaltenen Personen sind praktisch abgeschlossen“, teilte die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa mit.

„Leider war von Seiten der Ukraine ein Vertreter anwesend, der die Situation zu dieser Frage nicht beherrschte“, sagte Kobzewa.

Dan-news.info: „Heute wurde beim staatlichen Unternehmen „Handelshaus Medikamente des Donbass“ ein Markierungssystem für die Medikamente, die in die Republik geliefert werden, getestet. Einer der grundlegenden für ein solches System ist es, gefälschte Präparate auszuschließen“, teilte der stellvertretende Vorsitzende der Regierung Wladimir Antonow mit.

Nach seinen Worten sind Medikamente mit diesen Aufkleber bereits in die Apotheken des staatlichen Unternehmens gelangt. Auf den den Aufklebern befindet sich ein QR-Code mit Informationen über die Waren und den Produzenten. Die Information kann mit jedem QR-Code-Leser auf einem Smartphone gelesen werden.

„Der Aufkleber kann nicht von der Packung des Medikaments entfernt werden. Mit seiner Hilfe kann man feststellen, ob das Präparat über eine Handelskette geliefert wurde oder als humanitäre Hilfe in die Republik kam“, fügte Antonow hinzu.

Das Markierungssystem wurde auch eingeführt, um einen Umsatz von Medikamenten auf dem Schwarzmarkt zu bekämpfen. Durch das System kann eine Kontrolle über den Import und den Verkehr einer Ware auf dem Staatsterritorium erfolgen und auch verhindert werden, dass abgelaufene Produkte verkauft werden.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Heute wurde auf der Sitzung der Kontaktgruppe im Rahmen der Erörterung des Status der Einhaltung des geltenden Waffenstillstands von den Vertretern der Republik darauf hingewiesen, dass seine Länge ein positives Zeichen ist, aber sie lenkten die Aufmerksamkeit auf die fortgesetzten Fälle von Beschüssen von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine, die zu tragischen Folgen für friedliche Bürger geführt haben.

„Die Teilnehmer des Verhandlungsprozesses stimmten darin überein, dass der geltende Waffenstillstand im Vorfeld des neuen Schuljahrs verstärkt werden muss, aber dazu ist zweifellos eine strenge Erfüllung der zusätzlichen Maßnahmen der Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, die in der Erklärung der Kontaktgruppe festgelegt sind, notwendig“, sagte die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa.

Wir merken an, dass zuvor die Vertreter Kiews versuchten hatten, die Diskussion zu Fragen der Sicherheit zu politisieren, indem sie eine außerplanmäßige Videokonferenz initiiert haben, dabei aber die Ergebnisse der durchgeführten Ermittlungen zum Fall des Beschusses unserer Territorien und deren Folgen nicht vorgelegt haben.

„Wir haben die prinzipielle Notwendigkeit eines direkten Dialogs benannt, der sachbezogen und konstruktiv sein muss. Dafür muss er auf von der ukrainischen Seite veröffentlichten Ermittlungen und Disziplinarmaßnahmen gegen Verletzer gegründet sein. Wir rechnen in dieser Frage mit einer aktiven Positionen der OSZE“, unterstrich die bevollmächtigte Vertreterin der DVR.

Außerdem unterstrichen die Republiken auf dem Hintergrund der positiven Bewegungen am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja die Notwendigkeit zur Frage der Wiederherstellung der Parität bei der Erfüllung der Verpflichtungen von Seiten der BFU an den anderen zwei Abschnitten „Petrowskoje – Bogdanowka“ und „Solotoje“ zurückzukehren.

„Was den Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln zwischen Petrowskoje und Bogdanowka betrifft, so wurden von unserer Seite alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung eines zuverlässigen Zugangs der OSZE-Mission erfüllt – die Mission kann unbehindert das defekte Teil, weswegen seit mehr als einem Jahr die Kamera nicht mehr funktionierte, ersetzen und sie wieder in Betrieb nehmen“, fasste Natalja Nikonorowa zusammen.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Bei der heutigen Sitzung der Gruppe zu humanitären Fragen fand leider keine sachbezogene Diskussion statt. Die Verhandlungsteilnehmer der Republiken bestätigten die fast vollständige Bereitschaft aller festgestellten festgehaltenen Personen zum Austausch, aber von der ukrainischen Seite fehlte ein offizieller Vertreter und der anwesende Experte verfügte nicht über die notwendige Information.

Praktisch derselbe Prozess fand in der Gruppe zu ökonomischen Fragen statt: die Verhandlungsteilnehmer der Ukraine konnten keine vollständigen Informationen über die wirtschaftliche Aktivität des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ zur Verfügung stellen. Entsprechend wurde das Treffen von Experten zu dieser Frage wieder verschoben. Auch das Thema der Tilgung der Schulden der Mitarbeiter der Eisenbahn erfuhr keine Entwicklung, weil das offizielle Kiews wie zuvor die eigenen materiellen Interessen in den Mittelpunkt stellt.

Außerdem hat die ukrainische Seite bei den Verhandlungen erklärt, dass die Arbeitsgruppe in Kiew angeblich einen Weg zu Lösung der Frage der Zahlung der Renten an die Einwohner des Donbass sucht, aber nach ihrem Eingeständnis werden bisher nur undurchführbare Varianten erörtert.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Bei der Sitzung der Gruppe zu politischen Fragen stellte ein Experte, der zuvor schon an den Verhandlungen teilgenommen hat, die ukrainische Position vor, er demonstrierte heute Versuche, auf ein konstruktives Gleis zurückzukehren.

„Die Gruppe konnte zu Fragen der bestätigten Tagesordnung zurückkehren. Bisher kann man nicht sagen, dass ein vollwertige Diskussion stattfand – der Verhandlung aus Kiew bezog sich darauf, dass das Parlament noch nicht arbeitet, obwohl das kein Argument für einen Stopp der Diskussion in Minsk ist.

Außerdem versuchte die ukrainische Seite die verfassungsmäßige Festschreibung eines besonderen Status des Donbass durch den Begriff einer allgemeinen Dezentralisierung zu ersetzen. Ein solches Verhältnis zu einem Schlüsselpunkt der Minsker Vereinbarungen, die mit solcher Mühe erzielt wurden, ruft nur Fassungslosigkeit hervor.

Es muss gesondert noch einmal unterstrichen werden, dass der Maßnahmekomplex direkt einen besonderen Status für den Donbass und dessen Befestigung in der Verfassung der Ukraine vorsieht. Diese Prozedur darf nicht von politischen Tendenzen und der Zusammensetzung des Parlaments abhängen, weil er eine durch eine UN-Sicherheitsratsresolution festgehaltene internationalrechtliche Verpflichtung des Staates ist und ein alternativloses Unterpfand zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass“, unterstrich Natalja Nikonorowa.

Der bevollmächtigte Vertreter der DVR lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass eine Sabotage des Verhandlungsprozesses nicht hinnehmbar ist. Ergebnis im politischen Bereich können nur erreicht werden, wenn man der Verhandlungslogik folgt, die vom Maßnahmekomplex festgeschrieben und durch die Vorschläge des Normannischen Formats für seine Realisierung bestätigt ist.

Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe und der Unterarbeitsgruppen findet am 4. September statt.